

Fuldaer Zeitung

Gegründet 1874

Ausgabe vom 12. Dezember 2017

GASTKOMMENTAR

Weiterer Handlungsbedarf gegen die Armut

Vergangene Woche veröffentlichte die Hessische Landesregierung ihren Zweiten Sozialbericht. Sozialminister Grüttner begründete dabei auch die Notwendigkeit dieser Erhebung: Sie diene als Basis für zukunftsweisende sozialpolitische Entscheidungen, um die Lebensbedingungen in Hessen weiterhin positiv gestalten und verbessern zu können.

In den Mittelpunkt des Berichtes hat die Landesregierung selbst das Schwerpunktthema „Kinderarmut“ gestellt. Durch diese Schwerpunktwahl – Stichpunkt Armutsrisiko – weist der Bericht aus Sicht auch der Freien Wohlfahrtspflege in die richtige Richtung: Bei allem Wohlstand und trotz hoher Standards bei der sozialen Sicherung ist eben auch in Hessen längst nicht alles gut. Es gibt auch bei uns Menschen, die aufgrund ihrer Biografie und der herrschenden sozialen Rahmenbedingungen vor Armut nicht im nötigen Maße gefeit sind. Eben auch im doch insgesamt gut dastehenden Hessen nicht!

So kristallisieren sich in Folge des Sozialberichts einige Kernthemen heraus, bei denen es nach Ansicht der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen, in der Caritas, Diakonie und die anderen Wohlfahrtsverbände zusammenarbeiten, unbedingt verstärkten Augenmerks und auch sozialpolitischer Lenkung durch die Regierung bedarf: Zu nennen wären dabei explizit die Armutsgefährdung ganz bestimmter Bevölkerungsgruppen wie Alleinerziehender, aber auch anderer Familien mit Kindern sowie Langzeitarbeitsloser.

Der Landessozialbericht stellt wie gesagt die Kinderarmut in den Mittelpunkt der Betrachtungen. Aber auch die Altersarmut stellt eine Problematik dar, der höchste Aufmerksamkeit seitens der sozialpolitischen Entscheider gewidmet werden sollte. Fatale Erkenntnis hierbei ist es, dass jahrzehntelanges Arbeiten mittlerweile auch keineswegs mehr eine Garantie für ein geld-

DR. MARKUS JUCH

weist darauf hin, dass auch in Hessen längst nicht alles gut ist.



Der Autor (50) ist seit 2007 Diözesan-Caritasdirektor im Bistum Fulda.

sorgenfreies Leben im Alter ist. Denn viele Menschen an der Schwelle zum Rentenalter weisen mittlerweile Arbeitsbiografien auf, die geprägt sind durch jahrelange wechselnde Jobs im Niedriglohnssektor – für eine solide Rente kann da kaum etwas zusammenkommen, geschweige denn für eine private zusätzliche Vorsorge.

Natürlich spielt auch die Integration der Flüchtlinge im Zusammenhang mit der Armutsfrage eine Rolle. Wir kennen den Zusammenhang zwischen fehlendem Schulabschluss, mangelnder Berufsausbildung und Armut. Je besser also jetzt darauf geachtet wird, dass die Zuwanderer ausreichend Deutsch lernen können und je nach ihrem Alter Schulbildung oder Ausbildungsmöglichkeiten erhalten bzw. sich beruflich für den deutschen Arbeitsmarkt weiter qualifizieren können, desto geringer wird die Gefahr sein, dass viele Menschen mit Fluchtgeschichte, die bei uns im Lande bleiben werden, in Armut geraten und langfristig auf Unterstützung angewiesen sein werden. Gelungene Integration muss auch diese Aspekte berücksichtigen, damit diese gelingen kann.

Ganz wichtig zudem für große Bevölkerungsteile in Deutschland und Hessen ist auch die Erfüllung des Bedarfs an bezahlbarem Wohnraum. Der soziale Wohnungsbau muss weiter gestärkt werden. Die Caritas hat – aufgrund auch der Erfahrungen aus den Beratungsdiensten, bei denen die Menschen ihre Sorgen und Nöte formulieren – die zentrale Bedeutung angemessenen und bezahlbaren Wohnraums als Grundbedingung für ein gelungenes, selbstbestimmtes Leben erkannt und widmet daher ihre Jahreskampagne 2018 unter dem Motto „Jeder Mensch braucht ein Zuhause“ bundesweit diesem Schwerpunktthema.

Grundsätzlich gilt: Um Menschen in prekären Situationen zu unterstützen und Hilfe zur Selbsthilfe zu geben, sollte die Landesregierung die Steuerinstrumente nutzen, die ihr zur Verfügung stehen. Die für 2018 angekündigte gebührenfreie Kinderbetreuung ist in diesem Sinne ein guter erster Schritt gewesen. Die Wohlfahrtsverbände wollen die Landesregierung in ihrer Sozialpolitik hin zu weiterem sozialem Ausgleich und zur Bekämpfung jeder Form von Armut im Lande gerne partnerschaftlich unterstützen. Gerne stehen wir der Regierung – wann immer sie es wünscht – beratend, aber auch mit konkreten konstruktiven Lösungsansätzen zur Seite.